

Deutschland.

Berlin, 16. Mai. Sr. Maj. der König fuhr gestern Morgens in Begleitung des Flügeladjutanten Majors Prinzen Anton Radziwill nach dem Tempelhofer Felde, stieg um 9 Uhr am Kreuzberge zu Pferde und besichtigte dann an der Seite des Kronprinzen, den Prinzen Karl, Albrecht und Alexander, des Prinzen August von Württemberg, dem Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin und umgeben von der Generalität, den fremdbereitlichen Offizieren u. d. Kaiser Alexander- und des Kaiser Franz-Garde-Grenadier-Regiment. Nach Beendigung der Exerzitten, die unter dem Kommando der Regiments-Kommandeure Obersten Knapp v. Knappstedt und v. Medem ausgeführt wurden, kehrte der König zur Stadt und ins Palais zurück, empfing den Ober-Jägermeister Grafen v. d. Asseburg und den Besuch des aus England zurückgekehrten Prinz-Admirals Adalbert und nahm die Vorträge des Geh. Rats v. Müllers und des Hausministers v. Scheinitz entgegen. Hierauf fuhr der König im Palais dem Hof-Photographen Janssen zu einigen Aufnahmen, begrüßte dann die aus Ludwigslust hier eingetroffene Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin und speiste dann um 5 Uhr bei der Königin-Wittve in Charlottenburg. Heute Vormittags wird der König auf dem Tempelhofer Felde das II. und IV. Garde-Regiment besichtigen.

Das deutsche Publikum wird gut thun, die politischen Grundzüge des Mannes ins Auge zu fassen, der für den wahrscheinlichen Fall der Absehung Johnsons sein Nachfolger wird. Der Senatpräsident Mr. Wade ist ebenso wie Mr. Thaddeus Stevens und andere extreme Republikaner dafür, die Zinsen der öffentlichen Schuld in Papier zu bezahlen. Ein Einfluss auf diese Frage — schamloserweise ist es schon eine Frage geworden — würde nicht gering sein, selbst wenn der gegenwärtige Finanzminister Mr. McCulloch, der sich zu allgemeiner Anerkennung Grundzügen hinsichtlich des Meins und Meinens bekennt, nach Absehung seines Chefs im Amt bliebe. Aber es wird erwartet, daß einige, wenn nicht der größere Theil der Minister Johnsons, mit ihm abgehen werden.

Vor einiger Zeit verlautete, daß der König von Hannover die Absicht habe, in Costa Rica eine weltliche Dynastie zu gründen. Diese damals mit Reserve aufgenommene Nachricht findet gewissermaßen ihre Bestätigung im „Journal de Paris“, welches meldet, daß der König mit der Regierung von Costa Rica in Unterhandlung getreten ist, um in diesem Theile Central-Amerika's eine Kolonie von Hannoveranern zu gründen.

Baden hat sich mit der Bitte an die preussische Militärbehörde gewendet, auch einige badische Regimenter in Mainz garnisoniren zu lassen. Es geschieht dies, um die Truppen schneller und vollständiger nach dem preussischen Reglement auszubilden.

Der König hat bestimmt, daß Schiffsjungen, welche in den zwei ersten Jahren ihrer Dienstzeit in Ausübung ihres Dienstes unbrauchbar geworden sind, laufende Unterstützungen aus dem Unterstützungsfonds des Marineministeriums erhalten können. Dabei ist nun noch besonders zu bemerken, daß denjenigen Mannschaften, welche aus dem Schiffsjungen-Institut hervorgegangen sind, die versorgungsberechtigte Dienstzeit von dem Zeitpunkt ihrer Vereidigung ab, und bei einer in Folge des Dienstes eintretenden Invalidität vom Zeitpunkt der ersten Einschiffung ab gerechnet werden soll, und zwar ohne Rücksicht auf das Alter.

(B. B. Z.) Von der hiesigen demokratischen Gesellschaft waren auf Donnerstag Abend in den Saal des neuen Konzerthauses, Leipzigerstraße 48, die der schwäbischen Volkspartei angehörigen Mitglieder des Zollparlamentes eingeladen worden, ihren politischen Standpunkt zu dessen Erörterung im Zollparlament keine Gelegenheit gefunden, dasselbe auch nicht kompetent erachteten, vor einem größeren Berliner Publikum darzulegen und dadurch den ersten Schritt zu thun zur Annäherung einer Verständigung der Demokratie hiesig und jenseits des Rheins. Die Zahl der Anwesenden, die wir auf 1500—2000 schätzten, füllte den geräumigen Saal vollständig, von Abgeordneten des Zollparlamentes bemerkten wir namentlich die Abgeordneten Desleren (Württemberg), Freisleben (Württemberg), Grath (Württemberg), Koll (Baiern), Bebel und Liebknecht aus Sachsen, Dr. v. Schweiger. Der Buchhändler Alexander Jonas, welcher die Versammlung eröffnete und den Zweck derselben auseinandersetzte, wurde durch Applaus zum Vorsitzenden derselben erwählt, worauf zunächst von den Anwesenden mit lebhaftem Beifall begrüßt, der Abgeordnete Desleren das Wort nahm. Mit einem Gefühl der Furcht, begann derselbe, seien die württembergischen Abgeordneten nach Berlin gekommen. Denn gerade dem Abgeordneten aus Württemberg hätten die national-liberalen Blätter, namentlich das „Augsburger Allgemeine“, angehängt, daß man streng mit ihnen ins Gericht gehen würde. Und so habe denn auch der Abgeordnete Braun im Zollparlament das Gericht bekommen. Aber Redner wolle das Gefühl der Anwesenden entscheiden lassen, ob der Abgeordnete Braun die Schwaben oder die Schwaben den Abgeordneten Braun zum Gefährlichsten verurtheilt hätten. Man wende den Württembergern Preußenfeindschaft vor, keine Beschuldigung sei ungerechter. Die Württemberger seien aber Anhänger der Richtung, welche die Einheit Deutschlands auf föderativer, freierwilliger Grundlage erstrebe und die Selbstständigkeit der einzelnen Stämme auch nur in diesem Maße beschränken wolle, entgegengegesetzt jener anderen politischen Richtung, deren Ziel das Aufgehen Deutschlands in die Staatseinheit Preußens, Anfangs — in dem Nationalverein — vermittelt moralischer Eroberungen, jetzt seit der Aera Bismarck durch Blut und Eisen sei. Wenn das treue Festhalten an den alten Prinzipien ein Fehler sei, dann seien allerdings die gegen die Schwaben erhobenen Vorwürfe ungerecht; aber die Schwaben könnten nun einmal nicht anders. „Rufen Sie uns“, schloß Redner, „zu einem in der Freiheit und durch die Freiheit geeinigten Deutschland, so werden wir Ihnen bereitwillig entgegenkommen; kommen Sie dagegen unter anderen als diesen heiligen Axiomen, dann müssen Sie uns hassen!“ — Der bairische Abgeordnete Koll wandte sich darauf gegen die Beschuldigung, daß sich die bairischen Demokraten mit den Ultramontanen verbünden, erklärte dieselbe für unbegründet, und erging sich gleichfalls über die Stellung des Südens zum Nordbunde, die nicht eher eine andere werden könne, als sie jetzt sei, bis der Nordbund sich von dem jetzigen Militarismus, Absolutismus und Caesarismus frei gemacht habe. Abgeordneter Freisleben verurtheilte die Württemberger gleichfalls gegen den Vorwurf eines Bündnisses mit den Ultramontanen, sucht die Faktion der schwäbischen Volkspartei im Zollparlament zu rechtfertigen und betont, daß dieselbe für jetzt im strengen Festhalten an den bestehenden Verträgen ihre Operationsbasis sehen müsse. — Ein Dr. Kaplan suchte unter großer Unruhe und vielfachem Widerspruch der Versammlung die Faltung der Fortschrittspartei zu rechtfertigen. Das

südbayerische Programm habe nur dann einen Sinn, wenn man die Republik wolle; das solle man aber dann offen erklären. Hieraus sprachen noch die Herren Bebel, Jonas, Liebknecht und Lippert. Letzterer, ein früherer Schleswig-Holsteiner, Angehöriger des an Oldenburg abgetretenen Gebiets-theiles, beklagte sich über den „fortwährenden Menschenhader“ und klagte auch den Abgeordneten Walder desselben an. Dr. Max Hirsch protestirte dagegen, daß der Vorsitzende einen Abwesenden in dieser Weise verächtlich lasse, doch lehnt Herr Jonas die Verantwortlichkeit für die Auslassungen der Redner ab. Nachdem zum Schluß das Comité, das die Versammlung einberufen, beauftragt worden, ein Programm zu entwerfen, auf Grund dessen eine Vereinigung südbayerischer und norddeutscher Demokraten erfolgen könne, und dasselbe einer demnächst zu berufenden Versammlung zur Beschlußnahme vorzulegen, wird die Versammlung gegen 12 Uhr geschlossen. Dieselbe zeichnete sich durch beifällige Aufnahme aller auf die Herabsetzung Preußens gemünzter Äußerungen aus, und die südbayerischen Particularisten, welchen man einen angenehmen Abend bereiten wollte, werden doch im Stillen den Kopf schütteln über die Vögel, welche so offensichtlich das eigene Nest beschmutzen.

(Zollparlament.) 12. Sitzung. (Schluß.) Abg. Weber (gegen die Vorlage): Der Gesetzentwurf erhöhe den Schutzoll, statt denselben zu erniedrigen. (Die Redner erschauern durch das Sprechen von der Tribüne ungemein das Verständnis. Was den Hinweis auf die Zukunft anlangt, so werde der Bund nicht in Verlegenheit kommen, auch wenn die Vorlage abgelehnt werde. Später werde der Bund überhaupt weniger Geld gebrauchen, als bisher. Die Zeit werde kommen, in welcher die Militärausgaben eingeschränkt werden, wenn erst der Wunsch des ganzen Volkes in Erfüllung gehe und Nord und Süd zu einem Staatsganzem verbunden werden. Zu der vorliegenden Steuer sei kein Bedürfnis vorhanden. Die Produktionssteuer werde vorzugsweise den kleinen Mann treffen, welcher jetzt den Tabakbau betreibt. Redner kommt zum Schluß auf die Bedeutung des Zollparlamentes und greift auf die Absehbare Zukunft. Was auf nationalem Gebiete noch nicht erreicht sei, müsse auf materiellem erreicht werden. Das gehe aber nicht mit dieser verhassten Steuer. — Abg. Fabricius (für die Vorlage): Redner motivirt die vor ihm gestellten Anträge. — Abg. Mey (gegen die Vorlage): Dem Vertrage vom 8. Juli v. J. entspreche die Vorlage nicht, weder dem Wortlaut noch dem Geiste. Nur der gewonnene Tabak dürfe besteuert werden. Der §. 6 der Vorlage, in welchem von Mißwachs die Rede, sei zu eng gefaßt. Eine solche Steuer ohne Rücksicht auf die Qualität belaste vorzugsweise den mittellosen Mann. Die Steuer sei unter den gegenwärtigen Umständen unzulässig, weil sie vorzugsweise nur einen Theil Deutschlands treffe, der ohnehin schon seine Kräfte stark anstrengen müsse. Durch Annahme der Vorlage werde ein moralischer Nachtheil erreicht, welcher durch Millionen nicht aufzuwiegen sei. Und hier handle es sich um einige Hunderttausende. Der parlamentarische Punkt müsse zurücktreten vor der Erwägung, daß es sich hier um das Wohl und Wehe zahlreicher Familien handle. Im Interesse der Einigung des Vaterlandes müsse der Entwurf abgelehnt werden. — Abgeordneter Weber meyer (für die Vorlage): Mit der Vorlage sei der Weg zu einem rationellen Steuerhausem betreten, weshalb er dieselbe mit Zustimmung begrüße. Es handle sich um Beseitigung eines Artikels, welcher weiter nichts sei als Luxus, eine schädliche Angewohnheit. (Heiterkeit.) Die Furcht im Süden vor dieser Steuer entspringe nur der Unkenntnis der nordischen Verhältnisse. Der Süden werde entschieden durch das Gesetz bevorzugt, da dort die bessere Qualität erzielt werde, das Gesetz aber bezüglich der Qualität keinen Unterschied ziehe. Politisch sei es verhängnisvoll, die Gelegenheit wahrzunehmen zur Beseitigung eines Luxusartikels und alsdann Erleichterungen zu verlangen bezüglich anderer Objekte, etwa des Salzes und des Eisens. — Abg. Ewerdt (gegen die Vorlage): Wenn der Vorredner mit der Bewilligung der Steuererhöhung den Zweck verfolgt, in andern Punkten eine Erleichterung zu erzielen, so möchte ich ihm doch den Rath geben, sich diese Erleichterungen vorher gewähren zu lassen. Es ist dies viel sicherer, denn dann haben wir die Entscheidung in der Hand, während uns im anderen Falle wahrscheinlich das Nachsehen bleibt. Wir können eine Steuererhöhung gegen eine Erleichterung nur Zug um Zug austauschen. Es wird uns hier die Forderung einer erheblichen Mehrbelastung vorgelegt, und man hätte danach den Nachweis des unabweislichen Bedürfnisses erwarten müssen, ich habe aber in den Motiven des Gesetzes Nichts davon gefunden. Ich will keineswegs einer Tabaksteuer überhaupt entgegengetreten, gegen eine Kompensation durch eine entsprechende Erleichterung werde ich mich gern mit denselben befremden, obwohl ich auch hier den Aufschlag in der Höhe der Vorlage für bedenklich erachte. Mein Amendement empfiehlt deshalb eine Besteuerung von 6 $\frac{1}{2}$ pro Morgen, denn darin stimme ich mit dem Herrn Vorredner überein, daß ein Boden, der diesen Satz nicht ertragen kann, dem Tabakbau besser entzogen bleibt. Die Mehrbelastung, die bei einer solchen Besteuerung dem Süden auferlegt würde, ist so gering, daß er dieselbe sehr wohl ertragen könnte. Die Gleichmäßigkeit der Besteuerung verlangt eine Reform; der Zollvereinsvertrag verlangt, daß die Staaten, welche bisher die Tabakbesteuerung nicht kennen, derselben unterworfen werden und die Vertragstreue der südbayerischen Abgeordneten wird ihnen nicht gestatten, sich dieser Verpflichtung zu entziehen. Jedenfalls lassen Sie uns nicht auseinandergehen mit dem Beschluß einer Mehrbelastung, ohne eine derselben entsprechende Erleichterung geschaffen zu haben.

Bundeskommissar Dr. Michaelis konstatirt, daß fast sämtliche Redner sich auf den Boden des vorliegenden Gesetzes gestellt haben durch die Anerkennung der Nothwendigkeit gleichmäßiger Besteuerung, der Befestigung des Klaffenstems und Herabsetzung des Schutzolls. Er könne hier auf das Gebiet des Budgets des norddeutschen Bundes und Preußens nicht näher eingehen, darauf aber müsse er hinweisen, daß die Erträge mit dem Wachsen der Bevölkerung nicht gleichen Schritt gehalten haben. Redner weist in einer großen Reihe von Zahlen nach, daß für den norddeutschen Bund in nächster Zeit erhebliche Minder-Einnahmen zu erwarten seien; dasselbe sei in Preußen der Fall, wo zwar der gegenwärtige Etat noch balancire, jedoch im Jahre 1869 eine Mehreinnahme von über 5 Millionen erforderlich werde. Der Vorredner habe für die Mehrbelastung entsprechende Erleichterungen verlangt; dieselben seien bereits seit dem Jahre 1865 von der Regierung freiwillig gewährt worden, und es handle sich nur darum, jetzt den dadurch entstandenen Ausfall zu decken. Wenn man allerdings den Austausch Zug um Zug verlange, dann werde man jene Erleichterungen nicht als Äquivalent anerkennen, auf eine solche Basis werde sich aber eine so hoch stehende Versammlung nicht stellen wollen, er hoffe vielmehr, daß man die Fortentwicklung der historischen Aufgabe einer durchgreifenden Tarifreform nicht aus dem Auge verlieren werde. Die Höhe der bisherigen Abgabe für Tabak weise endlich von selbst auf eine Reform hin, da derselbe von allen Artikeln der entbehrlichen Genüsse am niedrigsten besteuert sei. In dem jetzigen Steuerlage liege für jeden Deutschen gewissermaßen die Aufforderung, sein Geld lieber in Tabak als in Reis, Zucker, Kaffee u. dergl. zu konsumiren. Selbst die durch eine erhöhte Besteuerung herbeigeführte Beschränkung des Rauchens könne nicht gegen die Erhöhung sprechen, denn es sei besser, daß das Geld für Gegenstände, die der gesamten Familie zu Gute kämen, verausgabt würde, also für eine Artikel, der nur von dem erwachsenen Theile der männlichen Bevölkerung konsumirt würde, und wohl eine Anregung, aber nie die Befriedigung eines Genusses gewähre. (Bravo rechts.) — Abg. v. Schöler (bairischer Handelsminister, für die Vorlage): Seit mehr als 20 Jahren ist die Tabaksteuer ventiltirt, aber nie zu einem Abschluß gebracht worden. Daß der Tabak ein gutes Steuerobjekt ist, darüber ist man im Allgemeinen einig, und ich würde es daher beklagen, wenn die gegenwärtige Vorlage ohne Resultat bliebe, wenn ich auch nur im Prinzip derselben geneigt bin. In einem Gemeinwesen, welches das nothwendigste Lebensbedürfnis, das Salz,

mit 2 $\frac{1}{2}$ pro Centner besteuert, ist gewiß auch die Besteuerung des Tabaks eine gerechtfertigte. Es kommt darauf an, in welcher Weise dieselbe eintreten soll. Die Motive thun auf die schlagendste Weise dar, daß es am Besten sei, auf dem Wege zu bleiben, der sich in Preußen seit vielen Jahren praktisch bewährt. Die Vorlage wird zwar immerhin nicht angenehm berühren, aber bald wird ein großer Theil der Befürchtungen schwinden und gerade hier wird sich der Weg zeigen, das Steuerobjekt des Tabaks allmählich einer höheren Besteuerung zuzuführen.

Abg. Bebel: Man hat und früher immer gerechtere Ausgleichung und Verminderung der Steuerlasten versprochen. Die Ausgleichung ist jetzt erzielt, es sind alle gleich hoch besteuert, aber von einer Verminderung der Last ist keine Rede, selbst bei der preussischen Bevölkerung nicht. Jetzt, wo wir zum ersten Male hier den Südbayern begegnen, bringt man ihnen als Morgengabe eine neue Belastung. Ich bin nun schon prinzipiell gegen jede Mehrbelastung des Volkes, noch mehr aber gegen die indirekte Steuer, die gerade die niedrigsten Klassen ganz unverhältnismäßig trifft. Der Konsum des Tabaks wird in Folge dessen bedeutend eingeschränkt werden. Nimmt aber der Konsum ab, so wird ein großer Theil der Bevölkerung in seinem Verdienste beschränkt, und das ist doch ein Schritt, den man sich überlegen soll. In Sachsen leben nicht weniger als 11,000 Familien von Tabakfabrikation, deren Brod man dadurch in Frage stellt. — Redner empfiehlt statt der Erhöhung der Steuer lieber Verminderung der Ausgaben und erinnert schließlich daran, daß der Bundes-Kommissar Dr. Michaelis, als er noch nicht Bundes-Kommissar gewesen, auf dem Kongress zu Hamburg ganz anders über die Tabaksteuer gesprochen habe. — Abg. Dr. v. Schleiden (die Hitze im Saale ist eine so unerträgliche und in Folge davon das Haus so unruhig, daß Redner total unverständlich bleibt). — Auf nach Vertagung wirt der Präsident mit dem Bemerkten zurück, daß Anträge auf Vertagung schriftlich eingebracht werden müssen. — Abg. Krämer (Doos): Gerade der Mobus der Besteuerung, wie die Vorlage ihn einführt, ist der allergeringste; die kleinen Leute werden in Folge dessen die Steuer als eine neue Grundsteuer ansehen. So wird diese Tabaksteuer einem Verbote der kleinen Tabakbauerei gleichkommen. Die Ausfälle die man durch diese Steuer erzielen will, werden gewiß in alternativer Zeit zu einem Minimum herabsinken, die Steuer dann also entbehrlich sein. Ich werde dagegen stimmen. — Der Präsident theilt mit, daß inzwischen 4 Schluß-Anträge und 2 Vertagungs-Anträge schriftlich eingebracht sind. Der Schluß der Generaldebatte wird angenommen. — Es folgt eine persönliche Bemerkung des Bundes-Kommissar Dr. Michaelis gegen die Insinuation der Abgg. Bebel und Schleiden, als habe er sich auf dem Kongress in Hamburg anders ausgesprochen als jetzt. Damals habe er sich um eine 10-Paler-Steuer und um eine Fabrikats-Steuer; dagegen war ich, ich erklärte aber zu gleicher Zeit den Tabak für ein gutes Steuerobjekt. Dies ist auch mein heutiger Standpunkt.

Schluß der Sitzung: 3¼ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. L. D.: Spezialdebatte über die Tabaksteuer.

Frankfurt a. M., 15. Mai. Dem „Frankfurter Journal“ zufolge wird der Herzog von Nassau sich demnächst auf einige Wochen nach Wien begeben und auf der Reise dorthin dem Dresdener Hof einen kurzen Besuch abstatten.

Bremen, 15. Mai. Der hiesige hanseatische Geschäftsträger in Washington, Dr. Johannes Köslag, ist zum General-Konsul des norddeutschen Bundes in Newyork ernannt.

Dresden, 15. Mai. Durch königliches Decret werden die Sitzungen des Landtages bis zum 28. Mai verlängert. Die erste Kammer hat die Beratung der Eisenbahnvorlagen begonnen. Drei Bahnlagen durch die südliche Lausitz wurden als Staatsbahnen genehmigt. Für die Linie Chemnitz-Leipzig wurde der Antrag der Deputation, lautend auf Ablehnung als Staatsbahn mit 18 gegen 17 Stimmen angenommen.

Ausland.

Wien, 14. Mai. Einige hiesige Blätter sprechen sich zwar mit großem moralischen Unwillen über den „nackten Bankerott“ aus, für den sich der Budgetauschuss erklärt habe. Nichts aber drückt in der Haltung des Ausschusses etwas dem, was man ein böses Gewissen nennen könnte, Verhülltes aus. Man sprach über die Einschnitte, die man in das Fleisch der Staatsgläubiger machen wollte, mit der Kälte, mit der man sich über eine anatomische Frage unterhält. Alle Parteien betrachten es als etwas sich von selbst Verstehendes, daß die Gläubiger für das Unglück der letzten Jahre und dann auch für die finanziellen Folgen des Ausgleichs mit Ungarn büßen müssen. Ein Theil der Ausschussmitglieder, namentlich die Polen, denen einige Oberösterreicher am nächsten standen, würde es am liebsten sehen, wenn das ganze Defizit durch Herabsetzung der Zinsen der Staatsschuld gedeckt würde. Die Gemäßigteren wünschten durch diese Operation wenigstens die Mehrbelastung beseitigt zu sehen, die der Ausgleich mit Ungarn dem hiesigen radikalen Defizit auszuladen hat. Die Minister weichen von diesem radikalen Heilmittel nur insofern ab, als sie einen maßigen und besonnenen Bankerott wollen. Die Anträge in der vorgestrigen Sitzung des Ausschusses folgten einander wie die Angebote bei einer Auktion; in dem Ausgleich, den die Mitglieder des Ausschusses den Gläubigern boten, kamen diese so wenig in Betracht, wie das hiesige Defizit im Ausgleich mit Ungarn. Man wollte ihnen auch eine Zwangslage bereiten, gegen die kein Widerstreben mehr möglich ist. In der gestrigen Sitzung des Budgetauschusses bemerkte der Minister Brestl gegen die Herabsetzung der Zinsen um 25 Prozent (mit Einschluß der Einkommensteuer) nur, daß er die Ziffer für zu hoch gegriffen halte und die Regelung sich vorbehalte, ihren Antrag bei der Beratung in dem Hause zur Geltung zu bringen. Die Aufregung, mit der man vorgestern Abend auseinanderging, hat sich also bereits bedeutend gelegt.

Wien, 15. Mai. Das Abgeordnetenhaus hat ein Gesetz angenommen, wodurch mehrere Bestimmungen des Pressgesetzes, besonders hinsichtlich der Verantwortlichkeit des Redakteurs und des objektiven Strafverfahrens abgeändert werden.

Das Abgeordnetenhaus hat dem mit dem deutschen Zollvereinsstaaten abgeschlossenen Zoll- und Handelsvertrag nach nochmaliger Befürwortung des Handelsministers seine Genehmigung erteilt.

Saar, 15. Mai. Die erste Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung den von 5 Mitgliedern gestellten Antrag, eine Adresse dem Könige zu überreichen, mit 18 gegen 16 Stimmen verworfen. Mehrere Mitglieder, welche gegen den Antrag stimmten, haben

sich dennoch ausdrücklich gegen eine neue Auflösung der Kammer ausgesprochen.

Brüssel, 15. Mai. Durch königliches Dekret werden die Wähler von 5 Provinzen zum 9. Juni einberufen, um die verfassungsmäßig vorgesehene Neuwahl der Hälfte der Abgeordneten zur Deputiertenkammer vorzunehmen.

— In der Repräsentantenkammer kam das Fremdenengesetz zur Verhandlung. Der Justizminister rechtfertigte die politischen Ausweisungen; Rogearb erklärte, daß die Regierung die Versammlung, welche der internationale Arbeiterverein im Monat September in Brüssel abhalten wolle, untersagen werde.

— Nach einer lebhaften Diskussion beschloß die Kammer mit 75 Stimmen gegen 15 das Fremdengesetz ohne Modifikationen auf weitere drei Jahre in Kraft bestehen zu lassen.

Paris, 13. Mai. Die „Liberté“ veröffentlicht in einem humoristischen Artikel die Taktik der Schuppjünger, alles Elend in Frankreich, das allerdings gegenwärtig groß und weit verbreitet ist, dem Handelsvertrage mit England aufzubürden. „Vor vierzehn Tagen, sagt sie, ward in Mühlhausen eine Spinnerei von 45,000 Spindeln ein Raub der Flammen. Wenn man die Jeremiaden der Protektionisten hört, wie sie dem Freihandel Alles in die Schuhe schieben, Zerstörung und Arbeitslosigkeit, wie sie ihm alle Verlegenheiten der Fabrikanten und alle Entbehrungen der Arbeiter aufbürden, wie sie behaupten, daß im Norddepartement 215,000 Spindeln still stehen, im Elsaß 300,000 nur mühsam gehen u. s. w., wenn man diese Beschuldigungen vernimmt, so muß man sich wirklich wundern, warum die Schuppjünger nicht konsequent auch das Unglück in Mühlhausen benützen, um auszurufen: „Es ist nicht das Feuer, was die Zerstörung dieser Spinnerei herbeiführte, nein, der Handelsvertrag hat die Spinnerei verzerbt.“ Die Herren, welche so reden, würden das Maß der Anklagen, das sie auf die Tribüne brachten, nicht merklich übersteigen. Gewiß ist die jetzige Krisis nur zu ernst, aber sie ist nicht bloß auf Frankreich beschränkt und keine speziell französische; fast ganz Europa befindet sich in Mitleidenschaft.“ Und was die Hauptsache ist: sowohl in Belgien (wie die Unruhen in Charleroi bezeugen) als in England, also Freihandelsländern, wie in den Vereinigten Staaten, also unter dem Schuttsystem, herrscht augenblicklich nicht minder Flaute und Störung, wie in Frankreich. Uebrigens ist es heute schon so gut wie gewiß, daß die Kammer zur einfachen Tagesordnung übergeben wird.

Paris, 15. Mai. „Etenbarb“ meldet, daß nach Privatberichten aus Tunis vom 13. d. der französische Konsul daselbst der tunesischen Regierung ein Ultimatum überreicht hat.

— Die polnische Nachricht, daß General Fleury, der Adjutant, Stallmeister und langjährige Vertraute des Kaisers Napoleons, mit einer politischen Mission nach England gegangen ist, wird von dort aus bestätigt. Er hat bei Lord Stanley und dem Herzog von Cambridge Audienz gehabt und es für gut gefunden, seinen Aufenthalt zu verlängern. Vermuthlich hält ihn die schwankende Lage des Kabinetts noch da. Daß er etwas erreichen wird, ist so unwahrscheinlich als es war.

Marseille, 15. Mai. Nach Berichten aus Rio de Janeiro vom 15. April in Silveira de Souza zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt worden.

Genua, 15. Mai. Die königlichen Prinzen sind hier eingetroffen und enthusiastisch empfangen worden.

Rom, 15. Mai. Der Kardinal Andrea ist hier letzte Nacht plötzlich gestorben.

Rom, 6. Mai. Die „A. N. Z.“ schreibt: „Schon vielfach war in in- wie in ausländischen Blättern von Geschenken die Rede, welche der h. Vater der Prinzessin Margherita gelegentlich ihrer Vermählung mit dem Kronprinzen Humbert gemacht habe. Einige gingen sogar auf eine detaillierte Beschreibung dieser Geschenke ein, nach welcher dieselben aus einem kostbaren Armbande und einem reich eingebundenen Gebetbuche beständen, auf dessen erste Seite Se. Heiligkeit eigenhändig einige Widmungs- und Erinnerungswörter geschrieben habe. Die heutige „Unita cattolica“ steht sich nun, auf eine Anfrage in Rom hin, zu der Erklärung berechtigt, daß diese Behauptungen rein erlogen sind. „Der heil. Vater hat keinerlei Geschenk gesandt. Uebrigens genügt es einem Nichtblinden, auf den gegenwärtigen Stand der Dinge hinzuschauen, um einzusehen, daß keinlei Schicksalsgrund für den Papst vorlag, welcher die Ueberreichung irgend eines Geschenks verlangt hätte; wohl aber viele Gründe vorhanden waren, die von einer solchen abtrüben.“

London, 15. Mai. Achtundvierzig der angesehensten Firmen der City haben dem österreichischen Volschakter, Grafen Apponyi, ein Gesuch gegen die Besteuerung der in Händen auswärtiger Bisher befandliche Coupons überreicht. „Times“ bemerkt bei Besprechung dieser Angelegenheit: Wenn einem solchen Gesuche nicht Folge gegeben werde, so stehe zu erwarten, daß die Londoner Börse und andere Börsen des Festlandes fernere österreichische Anleihen von der Notizung ausschließen würden.

— Bei dem letzten Drawing Room trat die Königin, welche dem Premier vorher eine Audienz gegeben hatte, etwas nach 3 Uhr in den Thronsaal, begleitet von dem Prinzen von Wales, Prinzen und Prinzessin Christian, den Prinzessinnen Louise und Beatrice, dem Herzog von Cambridge, dem Prinzen von Leiningen, dem Prinzen Eduard von Sachsen-Weimar und dem Prinzen Ted. Ueber 300 Vorstellungen fanden statt, von denen folgende zu erwähnen sind: durch die Gräfin Bernstorff: die Prinzessin Olga Troubetzkoi (geborene Baronin von Meyendorff), Gemahlin des Prinzen Troubetzkoi, Attaché à l'ambassade Imperiale, und die Baronin Elisabeth von Meyendorff, Ehrenfräulein der Kaiserin von Rußland; durch den französischen Volschakter: der Marquis de Cour, Stallmeister des Kaisers Napoleon (und angeblicher Verlobter der Mlle. Patti); durch die Herzogin von Marlborough: Madame Wist Gana, Gemahlin des hiesigen griechischen Gesandten und die Baronin de Celto, Gemahlin des früheren bairischen Gesandten am hiesigen Hofe; durch den Minister des Innern: Mr. Peabody aus den Vereinigten Staaten (der bekannte Philanthrop). — In dem diplomatischen Cirkel, in welchem man unter Anderem auch den türkischen Volschakter, sowie die vor wenigen Tagen aus Rom zurückgekehrte Gräfin Apponyi, Gemahlin des österreichischen Volschacters, bemerkt, fehlen die Baronin von Brunnow, Gemahlin des russischen Gesandten, die noch immer das Krankenzimmer hütet; ferner der Gesandte der Vereinigten Staaten,

Mr. Adams, der Gesandte von Schweden und Norwegen nebst der Baronin Hochschild, welche „durch unvermeidliche Umstände“ abgehalten wurde.

London, 15. Mai. Unterhaus. Armstrong zeigte an, daß er am nächsten Freitag ein Misstrauensvotum gegen das Ministerium beantragen und darin erklären werde, daß sich dasselbe im Widerspruch zu den Grundsätzen einer konstitutionellen Regierung befinde.

Bukarest, 7. Mai. Aus dem Chaos der sich widersprechenden Nachrichten ist es schwer, sich einen richtigen Begriff über die neulich stattgehabten Judenexzesse in Bukau zu machen. Jedenfalls sind aber die Aussagen der Oppositionsblätter, deren Prinzip es ist, die gegenwärtige Regierung durch alle erdenklichen Mittel im Auslande zu miscreduliren, ebenso übertrieben, als andererseits die Angaben der Regierungsborgane unrichtig und optimistisch gefärbt. Da nun der Berichterstatter Gelegenheit hatte, in Schriftstücke von zweifelloser Glaubwürdigkeit Einsicht zu nehmen, so wird er hiermit einen Auszug aus denselben mittheilen, um die von beiden Seiten übertrieben und unrichtig dargestellte Sachlage aufzuklären. Mehrere jüdische Kaufleute, unter Andern auch ein gewisser Fochsauer, welcher rumänischer Unterthan ist und mit zwei Christen bei diesem Geschäft in Kompagnie steht, hatten die Spiritusaccise für den Bukauer Distrikt auf drei Jahre vom 1. Januar 1868 ab für 4200 Dukaten gepachtet und hat genannter Fochsauer dafür 2000 Dukaten Kaution und eine vierteljährliche Prämienanzahlung erlegen müssen. Vor circa 5 Wochen erhielt nun der gedachte Fochsauer von dem berechtigten Bukauer Präsekte Lecca ein Schriftstück zugesandt, worin ihm verboten wurde, jüdische Kontroleure auf die Dörfer Bezugs des Spiritus zu schicken. Diese widerrechtliche Gewaltmaßregel stellt offenbar auf eine Uebervorteilung der Entrepreneure zu eignen Gunsten hin. Ferner hatten, wie das gewöhnlich zu geschehen pflegt, die Juden während ihrer Dörfern christliche Leute für guten Lohn zu häuslichen Arbeiten bedungen, was aber dieses Mal von der Bukauer Polizei untersagt wurde, die sogar die Zusammenkünfte einige Tage festsetzen ließ. Da nun in Folge des ersten Verbots die jüdische Kontroleure sich mit Weib und Kind vom Lande in die Stadt begaben, um sich daselbst gegen diese Ungerechtigkeit zu beklagen, wurden sie von dem aufgeregten Pöbel bedroht und insultirt, wobei Fensterscheiben eingeworfen und anderer Unfug verübt wurde. Es ist wunderbar genug, daß es nicht noch zu größern Exzessen gekommen ist, weil doch das ganze Mandover von der Dörerbörse selbst angeregt und patronirt wurde. Dieses beweist, daß der Haß gegen die Juden und überhaupt gegen alle Fremden nicht im Volke selbst zu suchen ist, das seine Harmlosigkeit und seinen sanftmüthigen Charakter nie verleugnet, sondern in seinen gegenwärtigen neuerungsfüchtigen Führern, die es irreleiten. Daß selbst das Ministerium Brattiano diese Umtriebe wenigstens indirekt verschuldet, zeigen die von seinen eigenen politischen Freunden eingebrachten Petitionen, längst verrottete, barbarische Judenunterdrückungsgesetze wieder in Kraft treten zu lassen; das famose Judenprojekt der 31. die Judenauweisungen des Vorjahres u. s. w. Es läßt sich daher die Absicht des Ministers Brattiano nicht verkennen, sich durch die Ausrottung der Juden und womöglich aller Fremden namentlich in der Moldau populär zu machen. Wie wenig aber die Moldauer mit dieser peisernen Maxime einverstanden sind, ist dem Minister des Innern jüngster Tage wohl klar geworden, wo er von der unwilligen Bevölkerung bei seiner Durchreise in Bukau mit Insulten aller Art überhäuft wurde. Der einsichts-vollere Theil des Volkes ist dieser ewigen Exzitationen nun gerade schon müde, die das Land in den Augen Europas kompromittiren und seine Bewohner als Halbbarbaren erscheinen lassen. Alle wahren Patrioten wünschen daher von ganzer Seele, daß unsere Zustände bald wieder eine bessere Wendung nehmen mögen, und sie hoffen, daß dies auch sicherlich geschehen werde, da unserm Lande durch die Thronbesteigung des allgemein im Volke geliebten Fürsten Karl so viele Garantien für eine gedeihliche und bessere Zukunft geboten sind. Und wie wohl das Volk die guten Absichten des Fürsten von den bedauerlichen Mißgriffen und Halbmaßregeln des Ministeriums zu trennen weiß und wie sehr es seinen mildthätigen und hochgebildeten Fürsten schätzt und achtet, haben die unzweideutigen Ovationen bewiesen, welche ihm bei seiner jüngsten Reise durch die Moldau überall dargebracht wurden.

Belgrad, 15. Mai. Rußland hat offiziell notifizirt, daß es sich aller traktatmäßigen Rechte begeben und seine in Serbien wohnhaften Unterthanen der Gerichtsbarkeit und den Gesetzen Serbiens unterwerfe.

Bombay, 24. April. Neuere Nachrichten bestätigen, daß in der großen Schlacht bei Giorol der Sohn und Bruder des regierenden Amir von Jalub Khan gefangen genommen wurden. Der Amir selbst war aus Kandahar entflohen. Jalub Khan hatte Kandahar noch nicht erobert, wie frühere Mittheilungen wissen wollten, befand sich jedoch nur wenige Meilen von der Stadt entfernt.

Pommern.

Stettin, 16. Mai. Der Brand auf der Oberwelt wüthet noch immer, hauptsächlich auf dem Stahlberg'schen Grundstück, fort und ist die Feuerwehre dort fast vollständig wieder in Mitleidenschaft. Während der Nacht und im Laufe des heutigen Vormittags fanden noch mehrfache Explosionen von Spiritusfassern statt, ohne indeß die Gefahr zu vergrößern. Letztere ist allerdings auch in diesem Augenblicke noch keineswegs vollständig beseitigt. Die Ankunft des im Bade befindlichen Herrn Stahlberg hier selbst wird heute erwartet. — Was das Schicksal der Verunglückten betrifft, so erfahren wir, daß der Oberlehrer Müller sowie der schwer beschädigte Oberfeuermann Schewe noch am Leben sind, daß auch die Hoffnung vorliegen soll, Bräde am Leben zu erhalten. Ebenso befindet sich Hr. Stadtrath Voß, den Umständen nach, wohl und ist Hoffnung zu seiner Wiederherstellung vorhanden. Die leichtere Beschädigten, zu denen namentlich auch Herr Polizeidirektor v. Warnstedt gehört, befinden sich in entscheidender Besserung. — Heute Vormittag sind in der Oder die Leichen des Rahnshiffers Hache und der Ehefrau des Steuermanns Dehms gefunden und nach dem Krankenbause geschafft; ebenso sollen auf einer Brandstelle zwei männliche Leichen gefunden sein, welche muthmaßlich diejenigen des Rahnshiffers Kerwisch und seines Schwagers, des Steuermanns Dehms sind, welche, wie man annimmt, in dem von ihnen bewohnten Hause verbrannt sein sollen.

Der von Breslau nach Kreuz gehende Güterzug mit 142

Wägen und zwei Maschinen ist in Folge Reifensprunges zwischen Dragl und Mäla bei Bude 81 aus den Schienen gegangen. Die eine Maschine liegt im Graben, die andere sowie sämtliche Güterwagen sind auf dem Schienengeleise geblieben, aber über einander geschoben. Ein Schmierer todt, drei schwer verwundet. Der Güterverkehr ist dadurch einseitigen unterbrochen, und werden Güter über Kreuz hinaus nicht angenommen.

— Am Freitag den 21. d. M. wird der Central-Güterbahnhof an der Parnitz vollständig dem Verkehr übergeben werden.

— Dem Gymnasial-Lehrer Vollhering zu Görlitz ist die Befähigung zur Leitung des Turnunterrichts an öffentlichen Unterrichtsanstalten zuerkannt.

— Der Kreisrichter Teuscher zu Neustettin ist zum Staats-Anwalte ernannt und demselben das Amt des Staats-Anwalts bei den königlichen Kreisgerichten in Neustettin und Dramburg, unter Anweisung seines Wohnsitzes in Neustettin übertragen worden. Der Gerichts-Assessor Deves in Pabitz ist mit der Verwaltung einer Richterstelle bei den königlichen Kreisgerichts-Kommissionen in Rummelsburg und der Gerichts-Assessor Tiert in Angermünde mit der Verwaltung der Richterstelle bei der königlichen Kreisgerichts-Kommission in Pölzin beauftragt worden.

— Nach dem „Militär-Wochenblatt“ sind: Crellinger und Ilberg, Unteroff. vom Gren.-Regt. könig. Friedrich Wilhelm IV. (1. pomm.) Nr. 2, Hinge, Unteroff. vom 4. pomm. Inf.-Regt. Nr. 21, Zente, Unteroff. vom 5. pomm. Inf.-Regt. Nr. 42, Birnbaum, Unteroff. vom pomm. Füß.-Regt. Nr. 34 zu Pohl-Bährns, befördert; v. Zabelitz, Sek.-Lt. vom neumärk. Drag.-Regt. Nr. 3, ist à la suite des Regts. gestellt; v. Mantuffel, Sek.-Lt. à la suite desselben Regts. in das westphäl. Drag.-Regt. Nr. 7 einrangirt; Preischer, Hauptm. u. Komp.-Chef im 8. rhein. Inf.-Regt. Nr. 70, unter Beförderung zum Maj., in das 7. pomm. Inf.-Regt. Nr. 54 versetzt; Timm II., Sek.-Lt. von der Inf. des 1. Bats. (Inowracław) 7. pomm. Landw.-Regts. Nr. 43, im stehenden Heere, und zwar als Sek.-Lt. im westph. Füß.-Regt. Nr. 37, angestellt; v. Schön, Maj. aggr. dem Gren.-Regt. könig. Friedr. Wilhelm IV. (1. pomm.) Nr. 2 in das hess. Füß.-Regt. Nr. 80 einrangirt; Bräutlich, Pr.-Lieut. von der Inf. des Res.-Landw.-Bats. Stettin Nr. 34, zum interim. Komp.-Führer ernannt; v. Kneißel, Ob.-Lt. vom 7. pomm. Inf.-Regt. Nr. 54, mit Pens. und der Unif. des Garde-Schützen-Bats., Bar. v. Sobel, Pr.-Lieut. vom 2. pomm. Ul.-Regt. Nr. 9, als Rittm. mit der Armee-Unif. der Abschied bewilligt; v. Tiedewitz, Ob.-Lt. z. Disp., zuletzt Maj. im 6. pomm. Inf.-Regt. Nr. 49, die Ernennung zum Tragen der Unif. dieses Regts. ertheilt; v. Elßstedt, Sek.-Lieut. von der Kav. 1. Bats. (Anklam) 1. pomm. Landw.-Regts. Nr. 2, Denzer, Sek.-Lt. vom Train 2. Bats. (Bromberg) 7. pomm. Landw.-Regts. Nr. 54, diesem als Pr.-Lt. mit seiner bloß. Unif. der Abschied bewilligt.

Stargard, 15. Mai. Vorgefunden wurde das dem Gutbesitzer Karl Rod zugehörige Gut Segut, ein Theil des Ritterguts Nörenberg A., gerichtlich taxirt auf 16,467 Thlr. 19 Sgr. 2 Pf., subhastirt. Meistbietende blieb Herr Kaufmann Ziemssen aus Stettin mit ca. 17,500 Thlr.; 20,000 Thlr. Hypothekenschulden sollen ausgefallen sein.

Schiffsberichte.

Ewinemünde, 15. Mai, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Hermann (SD), Rof von Riga. 1 Schiff im Ansehn. Wind: ND. Strom ausgehend. Nebel 14½ F.

Börsen-Berichte.

Stettin, 16. Mai. Witterung: leicht bewölkt. Temperatur + 20° R. Wind: SW.

Beizen matt, per 2125 Pfd. loco gelber infändischer 89—97 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$, ungatlicher 84—91 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$, bunter 188—94 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$, weißer 95—102 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$, per 83—85 Pfd. Mai-Juni 93½, 93, 92½, 92 $\frac{1}{2}$ bez. u. Bd., Juni-Juli 90½ $\frac{1}{2}$ Br., Sept.-Okt. 78 $\frac{1}{2}$ nom.

Waggen flau, pr. 2000 Pfd. loco 59—62 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$, schwerer 62—65 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$, per Mai 61½ $\frac{1}{2}$ bez., Mai-Juni 61½, 60½, 59½, $\frac{1}{2}$ bez. u. Bd., Juni-Juli 60½, 60, 59 $\frac{1}{2}$ bez. u. Bd., Juli-August 57 $\frac{1}{2}$ bez. u. Bd., September-Oktober 55 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Br.

Gerste matt, per 1750 Pfd. loco schlesische, mährische u. ungarische 48½—49½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$

Safer stille, der 1300 Pfd. loco 35—36½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$

Erbsen flau Futter 60—65 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$

Rübsil stille, loco 10½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Br., pr. Mai 9½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., 10 Br., Septbr.-Oktober 10½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Br. u. Bd., Oktober-November 10½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez.

Spiritus niedriger, loco ohne Faß 19 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., Mai-Juni 18½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., Juni-Juli 18½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., Juli-August 18½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., Aug.-Sept. 19½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Br., 18½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Bd., Septbr.-Oktober 18½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Bd.

Angemeldet: 100 Wisp. Safer, 500 Ctr. Rübsil, 50,000 Quart Spiritus.

Reanstrungs-Preise: Weizen 93, Roggen 61½, Safer 36, Rübsil 9½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$, Spiritus 18½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$.

Pandmarkt.

Weizen 86—102 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$, Roggen 60—67 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$, Gerste 49—51 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$, Safer 35—37 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ pr. 26 Scheffel, Erbsen 60—67 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ pr. 25 Scheffel, Heu pr. Ctr. 15—25 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Stroh pr. Schock 7—8 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$

Berlin, 16. Mai, 2 Uhr 3 Min. Nachmittags. Staatsanleihe 84½ bez., Staats-Anleihe 4½ % 95½ bez., Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 137 bez., Stargard-Bosener Eisenb.-Aktien 93½ bez., Dessler. National-Anleihe 54½ bez., Pomm. Pfandbriefe 85½ bez., Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 186½ bez., Wien 2 Mt. 86½ bez., London 3 Mt. 6. 23½ bez., Paris 2 Mt. 81½ bez., Hamburg 2 Mt. 150½ bez., Medlenburger Eisenbahn-Aktien 73½ bez., Dessler. Banknoten 87½ bez., Russ. Banknoten 83½ bez., Amerikaner 6 % 76½ bez.

Weizen pr. Mai 83, 84 bez., Roggen pr. Mai 60, 59 bez., Mai-Juni 60, 59 bez., Juni-Juli 59 bez., 58½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Br., Rübsil loco 10½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Br., Mai-Juni 10½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Br. u. Bd., Sept.-Oktober 10½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., Spiritus loco 18½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., Mai-Juni 18½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., Juni-Juli 18½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., 18½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Br., Juli-August 18½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez.

Breslau, 15. Mai. Spiritus per 8000 Prozent Tr. 18½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$, Roggen per Mai 61½, per Mai-Juni 59½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$, Rübsil pr. Mai-Juni 9½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$, do. pr. Herbst 9½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$.

Hamburg, 15. Mai. Getreidemarkt. Späte Weizentermine stark weichend. Roggentermine sehr flau. Weizen pr. Mai 5400 Pfd. netto 169 Banthaler Br., 168 Bd., pr. Mai-Juni 162½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Br., 162 Bd., pr. Juli-August 149 Br. u. Bd., Roggen pr. Mai 5000 Pfd. Brutto 118½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Br., 117½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Bd., pr. Mai-Juni 113 Br., 112 Bd., pr. Juli-August 102 Br. u. Bd., Safer stille. Rübsil unverändert, loco 21½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$, pr. Mai 21½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$, pr. Oktober 22½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$. Spiritus ohne Kauflust. Kaffee ruhig. Zint lebhaft, verkauft 2000 Ctr. loco à 13 Mt. 8½ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$, Sch., 8000 Ctr. Juni-Juli à 13 Mt. 9 Sch., 2000 Ctr. Juli-August à 13 Mt. 10 Sch. — Sehr schönes Wetter.

Amsterdam, 15. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen sehr flau, pr. Mai 233, pr. Juni 215, pr. Juli 212. Raps per Oktober 64. Rübsil per Nov.-Dez. 34.

London, 15. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 16,070, Gerste 2950, Safer 11,010 Quarters.

Sehr schwacher Marktbesuch. Englischer Weizen knapp, ungefähr zu Montagspreisen verkauft, fremder ganz geschäftlos. Preise nominell, unverändert. Gerste ruhig. Safer eher theurer. Mehl vernachlässigt. — Sehr schönes Wetter.